

### Unstimmigkeiten über den Wohnungsverband.

Die Verhandlungen über die Gründung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin gehen nicht ohne starke Reibungen vor sich, und es scheint so, als ob einzelne Vororte das Zustandekommen des Wohnungsverbandes überhaupt verhindern wollen, was wegen der Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens Groß-Berlins zur Beseitigung oder doch erheblichen Milderung der bevorstehenden Wohnungsnot sehr zu beklagen wäre. Jetzt wird zu dieser Frage von einer den gegnerischen Vorortkreisen nahestehenden Nachrichtenstelle folgendes verbreitet:

Die in der Schwebe befindliche Angelegenheit des Groß-Berliner Wohnungsverbandes hat jetzt eine Wendung genommen, die leider geeignet ist, die bestehenden Gegensätze zwischen Berlin und den Vororten zu vertiefen. Wie wir von beteiligter Seite erfahren, hat in den Kreisen der Groß-Berliner Vororte die ihnen gestern zugegangene Mitteilung des Berliner Magistrats lebhaftes Befremden erregt, wonach er einen beigelegten Satzungsentwurf für den Wohnungsverband der Staatsbehörde (Staatskommissar für das Wohnungswesen) als den von der Mehrheit der beteiligten Gemeinden angenommenen Entwurf überreichen wolle. Von einem großen Teil der Vororte wird dies als eine Voreiligkeit betrachtet, da die Verhandlungen über den Wohnungsverband noch gar nicht zu Ende geführt worden sind; sie sollen, wie bekannt, erst im August wieder aufgenommen werden. In dem jetzt vom Berliner Magistrat als angeblich angenommen bezeichneten Entwurf sind mehrere Anregungen und Anträge der Vororte nicht berücksichtigt. Es wird betont, daß Berlin zu einer schon jetzt erfolgenden Ueberreichung des Satzungsentwurfs von den Groß-Berliner Gemeinden keinerlei Auftrag erhalten habe; es sei im Gegenteil beschlossen worden, zunächst den Vertretern der Gemeinden den Entwurf der amtlichen Niederschrift der vorhergehenden Sitzung zur Durchsicht und Ergänzung zu überfenden. Diesen Beschluß hat der Berliner Magistrat nicht ausgeführt.

Die größte noch bestehende Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und den Vororten besteht darin, daß Berlin die Leitung und Geschäftsführung des Wohnungsverbandes in Händen haben will, während die Vororte diese Leitung einer neutralen Stelle übertragen wollen. Es ist zum Ausgleich der Gegensätze jetzt vorgeschlagen worden, die Geschäftsführung einem Arbeitsausschuß zu zuweisen, in dem zwar der Oberbürgermeister Berlins den Vorsitz führt, dem aber außer Vertretern der Vororte als *neutrale* ge-

schäftsführende Mitglieder auch Vertreter des Verbandes Groß-Berlin angehören sollen.